

Pauschal verboten wird die Ölheizung nicht

Stand heute sollen nach 2026 Hybridlösungen möglich sein / Details sind aber noch nicht beschlossen

Von unserem Redaktionsmitglied
Dirk Neubauer

Karlsruhe. Um es vorweg zu sagen: Die häufig zu hörende pauschale Aussage, wonach – stand heute – ab 2026 überhaupt keine neuen Ölheizungen mehr eingebaut werden dürfen, stimmt nicht. Denn das Klimakonzept ist erstens noch nicht vom Kabinett beschlossen und hat zweitens schon gar nicht Bundestag und Bundesrat passiert. „Es gibt in dem Eckpunktepapier der Koalition keinen Satz, dass das Ölheizen verboten wird“, unterstreicht Hans-Jürgen Funke, Chef des Verbandes für Energiehandel Südwest-Mitte (Mannheim).

Funkes 430 Mitgliedsfirmen sind vor allem Heizöllieferanten. Diese wissen, dass Berlin für die Zeit nach 2026 eine Hybridlösung in Aussicht stellt. Nur: Da

Wird das Südwest-Modell auf den Bund übertragen?

sind verschiedene Varianten denkbar. Wer in Baden-Württemberg beispielsweise seinen alten Ölbrenner durch einen neuen mit Brennwerttechnik ersetzt, muss schon jetzt 15 Prozent seines Wärmebedarfs durch erneuerbare Energien decken. Das funktioniert beispielsweise, indem man eine Solaranlage auf dem Dach montiert. Der Bund könnte dieses Südwest-Modell nun für alle Länder vorschreiben. Aber auch eine Hybridlösung mit einer Fotovoltaikanlage wäre denkbar. Funke: „Es ist schon eine relativ große Verunsicherung da.“ Investitionen in moderne, energiesparende Heiztechnik würden daher aufgeschoben. Dabei seien von den 5,5 Millionen Ölheizungen in Deutschland über 50 Prozent älter als 20 Jahre.

Und was sagen die Heizölhändler selbst? „Da ist viel heiße Luft dahinter“, beschreibt Peter Stahl die politische Diskussion. „Mit Strom, Pellets und Holz kann man den Energiebedarf Deutschlands nicht decken“, sagt der Chef der Pforzheimer Firma Mast + Oehlert Mineralöle. Panik sehe er nicht



NACHSCHUB: Über 5,5 Millionen Ölheizungen gibt es in Deutschland. Die Nutzer sind verunsichert. Dabei will das Kabinett erst am Mittwoch Teile des Klimakonzepts der Koalition beschließen. Bis es Gesetz ist, ist es noch ein weiter Weg. Foto: dpa

am Markt. „Die Haltung ist abwartend.“ Auch bei Erna Maurath klingelt das Telefon nicht häufiger als sonst. Unternehmerische Zukunftssorgen habe man bei Maurath Brennstoffe in Bühl nicht, weil man beispielsweise mit Pellets und Tankreinigung mehrere Standbeine hat.

Fragezeichen sieht „Zukunft Altbau“, das vom Umweltministerium Baden-Württemberg unterstützt wird. Es sei ungeklärt, wie die aus Berlin angekündigte neue Förderung bei Heizungsmodernisierungen („Abwrackprämie“) mit bestehenden Zuschussprogrammen in Einklang zu bringen ist, beispielsweise

dem Marktanreizprogramm des Bundesamtes Bafa. „Ob die Abwrackprämie diese Beiträge ergänzt oder mit ihnen verrechnet wird, ist bislang noch unklar.“ Was die Experten von „Zukunft Altbau“ auf jeden Fall sagen können ist, dass man nicht nur den Heizkessel austauschen sollte. Ein neuer Wärmeerzeuger koste mehrere tausend Euro und senke die Betriebskosten in der Regel um rund zehn Prozent. „Ein auf den Stand gebrachtes Heizsystem oder eine optimale Heizungsregelung sparen jeweils etwa genauso viel Energie ein, sind aber deutlich kostengünstiger.“

Einen älteren Heizkessel reparieren oder austauschen, was ist anzuraten? „Das hängt vom Wirkungsgrad ab“, sagt Joachim Wohlfeil, Chef der Ernst Wohlfeil GmbH und Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe. Ein top gewartetes Auto mit geringem Spritverbrauch müsse ja auch nicht zwingend durch ein neues ersetzt werden. Ob es durch die Berliner Beschlüsse eine Sonderkonjunktur geben wird, ist aus seiner Sicht schwer zu sagen. Von der Innung für Sanitär- & Heizungstechnik Karlsruhe-Bruchsal konnte gestern kein aktuelles Statement eingeholt werden.